

Gemeinsamer Appell der stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender

05.09.2022

Appell an die Mitglieder des Rates der Stadt Köln zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024

Für die Sitzung der StadtAG LST am 06.09.2022

Anlass/Begründung:

In Zeiten von zunehmender Feindlichkeit und Gewalt gegenüber LSBTIQ* und queeren Menschen ist die Arbeit von Vereinen, Organisationen und Einrichtungen, die sich in der Jugend-, Senior:innen- und Sozialarbeit und Gesundheitsfürsorge sowie in der Prävention engagieren, wichtiger denn je.

Für diese Arbeit und Leistungen müssen ausreichend Mittel bereitgestellt werden, um nicht nur die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der steigenden Energiepreise und der Entwicklung von Inflation abzufedern, sondern auch um eine Verschlechterung der psychischen und physischen Gesundheit von queeren Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senior:innen entgegenzuwirken.

Geradezu bedrohlich wird die Lage für die oft ohnehin strukturell und chronisch unterfinanzierten queeren Organisationen, wenn ab Oktober die hohen Einkaufspreise für Erdgas an die Verbraucher:innen weitergegeben werden. Spenden an die Institutionen und Vereine werden massiv ausbleiben. Wenn dann noch am Ende des Jahres, bzw. Anfang nächsten Jahres die Energierechnungen bei den Einrichtungen landen, wird die Lage existenzgefährdend. Ohne eine ausreichende Finanzierung im kommenden Doppelhaushalt und **zusätzliche** Förderung können die queeren Beratungs- und Betreuungsstrukturen, Aufklärungsprojekte, Vereine der Gesundheits-, Alters-, Jugend- und Selbsthilfe ihre Arbeit nicht adäquat aufrechterhalten und fortführen.

Das gerade jetzt die Community z.B. eine Diskussion über Kürzungen in der queeren Jugendarbeit aushalten und führen muss, ist insbesondere im Jahr, in dem Köln von der Europäischen Kommission den Preis „Europäische Hauptstadt der Vielfalt und Integration“ ausgezeichnet wurde und im Hinblick auf die Umsetzung des LSBTI-Aktionsplans, zynisch.

Beschluss:

Wir fordern die Verantwortlichen in der Politik auf, die Lebens- und Schutzräume und Hilfsstrukturen von und für queeren Menschen zu erhalten, zu schützen und Lösungen für die finanziellen Auswirkungen und Schäden zu entwickeln. Wir brauchen eine stärkere Institutionalisierung der Fördermittel für queere Strukturen und damit eine Entwicklung von Projektförderung zu struktureller Förderung.

Ohne unsere Arbeit keine aktive queere Minderheitenpolitik!

Ohne eine ausreichende strukturelle Finanzierung unserer Arbeit und Administration keine Mitwirkung an einer vielfältigen Stadtgesellschaft!

Eine nicht ausreichende Finanzierung oder gar Kürzung von sowieso schon „schwachen Strukturen“ wird die Stadt zukünftig mehr kosten, da Menschen weniger resilient, kränker und einsamer werden und somit mehr statt weniger Hilfsangebote benötigen.

Für die Mitglieder der StadtAG LST

Mike Nienhaus, Oliver Schubert und Jürgen Piger, Stimmberechtigte Mitglied der Stadt AG LST